

Der Jugendhilfeausschuss setzt sich für die Träger der Kerpener Kindertagesstätten ein

In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde der offene Brief des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf die Tagesordnung genommen.

Gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen in der Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW e.V. wird darin auf die Gefährdung der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in der Kolpingstadt Kerpen, sowie dem gesamten Rhein-Erft-Kreis hingewiesen. Ursache ist unter anderem die neue Tarifvereinbarung, die bei der bisher geplanten Erhöhung den Kln dpauschalen nicht berücksichtigt wurde und so eine finanzielle Lücke verursacht, die die Existenz vieler KITAS in Frage stellt.

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, dass sowohl die Politischen Vertreterinnen als auch die freien Träger und die beratenden Mitglieder jeweils in ihren Netzwerken Einfluss auf die Landesregierung nehmen sollen damit im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen des Landtages die dringend erforderlichen Mittel eingebracht werden.

Wie die CDU mitteilte, hat sie bereits im Juni bei ihrem Besuch im Landtag auf die finanzielle und personelle Schieflage in den Kindertageseinrichtungen hingewiesen und eine Verbesserung gefordert; nur eine verlässliche Betreuung ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die CDU hat unmittelbar nach der Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Landesebene Kontakt aufgenommen.

Im Auftrag von Thomas Okos MdL teilt die Landesebene der CDU mit, dass der Landesregierung die Problematik bekannt ist. Fest steht: Das Land NRW wird seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen. Gleichwohl gilt, dass die Haushaltslage angespannt ist. Thomas Okos wird dieses Thema weiter verfolgen und es an den zuständigen Stellen im Land platzieren.

Als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hoffe ich, dass das Land im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einen guten Weg zur auskömmlichen Finanzierung der Kommunen und der anderen Träger von Kindertageseinrichtungen findet. Sehr hilfreich wäre dabei, wenn die Einflussmöglichkeiten aller Vertreter des Jugendhilfeausschusses auf die Landesregierung genutzt würden.

Die Zeit drängt.